



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XII/180 - 9. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24894-33
Fernschreiber 0866890

Im Gedenken an verpasste Gelegenheiten	S. 1
Arbeit für die Wiedervereinigung	S. 4
Atomreaktor im Widerstreit der Gefühle und Interessen	S. 7
Beilage: Ollenhauer - Die Sozialdemokratie im Wahlkampf	

Bestätigte Warrungen der Opposition

G.M. Man könnte nach der Berliner Chruschtschow-Rede zur Tagesordnung übergehen. Chruschtschow hat wirklich nichts Neues gesagt; jedenfalls nichts, woraus man entnehmen könnte, die Sowjetunion wollte ohne eine grundlegende Veränderung der Politik mit militärischen Blöcken in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einen Schritt vorangehen.

Trotzdem scheint es uns notwendig zu sein, einige Episoden der jüngsten deutschen Geschichte in Erinnerung zu rufen. Am 15. Januar 1955 - also kurz vor dem Abschluss des sogenannten Deutschland-Vertrages durch Adenauer und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO - hat die Regierung der Sowjetunion eine Erklärung zur Deutschlandfrage abgegeben. Neben vielen propagandistischen Floskeln enthält diese Erklärung einige Vorschläge die uns heute sicher alle erfreuen würden, die damals aber von der Bundesregierung völlig ignoriert wurden. In der sowjetischen Erklärung vom 5. Januar 1955 heisst es u.a.:

"Im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen (Deutschlandvertrag und NATO-Beitritt der Bundesrepublik) übernimmt der Bundestag die schwere Verantwortung für das Fortbestehen der Spaltung Deutschlands, sowie für jene nicht gleichberechtigte Lage, in der sich die Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik auf lange Jahre befinden wird. Gegenwärtig gibt es noch ungenutzte Möglichkeiten zur Erreichung eines Abkommens in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unter gebührender Berücksichtigung der rechtmässigen Interessen des deutschen Volkes und über die Durchführung von gesamtdeutschen freien Wahlen zu diesem Zweck im Jahre 1955. Solche Möglichkeiten sind vorhanden, wenn das Haupthindernis, das jetzt auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands steht - die Pläne der Remilitarisierung Deutschlands und seiner Einbeziehung - 2 -

9. August 1957

in militärische Gruppierungen - beseitigt sein wird. Das deutsche Volk muss durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland, einschliesslich Berlins, die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äussern, damit ein einheitliches Deutschland als Grossmacht wiederersteht und einen würdigen Platz unter den anderen Mächten einnimmt."

In der damaligen Erklärung wird ausserdem ein Friedensvertrag mit dem wiedervereinten Deutschland in Aussicht gestellt und das Recht, "über eigene nationale Streitkräfte zu verfügen, die für die Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands und seiner Grenzen notwendig sind." Auch von einem europäischen Sicherheitssystem mit Beteiligung Gesamtdeutschlands wird gesprochen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien verkündeten damals, die Erklärung der Sowjetregierung sei ein "Propagandamanöver", lanciert zu dem Zweck, den Eintritt der Bundesrepublik in die N.A.T.O. zu verhindern und den Westen zu schwächen, um später ganz Europa beherrschen zu können.

Am 27. Februar 1955, jenen denkwürdigen Tage, an dem die Mehrheit des Bundestages dem Beitritt der Bundesrepublik zum Nordatlantikvertrag (NATO) zustimmte, erklärte Erich Ollenhauer im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

"Wer in diesem Stadium und in dieser Lage die Ratifizierung der Verträge vor neue Verhandlungen über die Wiedervereinigung setzt, wenn auch nur vor einen Versuch, zu solchen neuen Verhandlungen zu kommen, der dokumentiert damit, dass er unter allen Umständen der definitiven Eingliederung der Bundesrepublik in das Nordatlantikpakt-System den Vorzug vor der Wiedervereinigung gibt..."
"Wir sind in Gefahr, dass wir die Chancen der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands für lange Zeit verlieren!"

Als die Bundesrepublik trotz dieser Warnung der Opposition Mitglied der NATO geworden war, erklärte wenig später die Regierung der Sowjetunion sie nehme "die neu entstandene Lage zur Kenntnis", registriere nunmehr die Existenz zweier deutscher Staaten, werde aber trotzdem die Voraussetzungen dafür schaffen, um ihre diplomatischen Beziehungen ausser zur sogenannten DDR auch zur Bundesrepublik zu normalisieren.

Wiederum etwas später erfolgte der Einbau Mitteldeutschlands in das Warschauer Paktssystem, wodurch nunmehr auch militärisch die Existenz zweier deutscher Staaten unterstrichen wurde.

Während der Genfer Ausserministerkonferenz im Oktober/November 1955

operierte Molotow stets auf der Grundlage der Existenz zweier deutscher Staaten, und als dann Adenauer nach Moskau flog, um die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion anzuknüpfen, wurde ihm von Bulganin und Chruschtschow mehrfach versichert, Moskau "bedauere" zwar die Existenz zweier deutscher Staaten, respektiere jedoch die freie Entscheidung der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages, die zum Eintritt der Bundesrepublik in die NATO geführt habe...

Was seither geschah, was Moskau und auch Pankow bis in die letzten Tage zur Deutschlandfrage geäußert haben, basiert auf dem Tatbestand, dass zwei deutsche Teilstaaten zur Zeit Mitglieder von einander entgegenwirkenden Militärblöcken sind.

Deshalb mag man von der Berliner Chruschtschow-Rede enttäuscht oder über sie sogar erbittert sein: Überraschen konnte diese Rede niemanden, der sich bewusst war und ist, dass Moskau so lange zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nichts Neues sagen wird, so lange man in Westen - einschliesslich Bonn - immer nur wiederholt, dass die NATO der Weisheit letzter Schluss sein soll.

Die deutsche Sozialdemokratie empfindet bei der Registrierung dieser Tatbestände keine Freude über die Bestätigung ihrer berechtigten Warnungen, die sie vor dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO im Hinblick auf die Folgen für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen hat. Die Kundgebung in der Paulskirche dürfte allen Deutschen noch in Erinnerung sein und jenen zu denken geben, die damals mit einem Achselzucken und mit unvorstellbarer Ignoranz die Warnungen vor der falschen Politik Adenauers überhörten.

Heute erweist sich, dass die Politik Adenauers eine Kette der verpassten Gelegenheiten und des Verzichts auf eine aktive Politik der Wiedervereinigung war und ist. Es erweist sich immer mehr, dass er Unrecht hatte, als er behauptete, der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO werde uns der Wiedervereinigung näher bringen. Heute wird in Moskau und vielleicht auch in anderen Wolthauptstädten die Deutschlandpolitik auf der Grundlage der Existenz zweier deutscher Teilstaaten gemacht. Um diesen furchtbaren Zustand überwinden zu können, bedarf es einer Wende in der Deutschen Politik, einer bewussten Wiedervereinigungsaktion mit neuen Ideen und neuen Männern.

Der Bericht des Forschungsbeirates

sp. Der zweite Tätigkeitsbericht, den der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands am Freitag der deutschen Öffentlichkeit übergab, ist eine gute Sache. Auf eine gründliche Lektüre dieses 300 Seiten umfassenden Dokumentes wird kein Politiker und Volkswirtschaftler verzichten können, der seine Aufgabe ernst nimmt. Die Dokumentation stellt wohl das zur Zeit verlässlichste Material über die wirtschaftliche Entwicklung Mitteleuropas dar, sie leidet nicht darunter, dass die Übersicht nur bis Ende 1956 gegeben wird. Studien solcher Art setzen umfangreiche Vorarbeiten voraus. Es ist unmöglich, hier up to date zu sein. Aber das ist nicht einmal notwendig. Für den Forscher kommt es in erster Linie darauf an, die Entwicklungstendenzen zu erkennen, die wesentlichen Unterscheidungsmerkmale zu treffen, die wirtschaftlichen Veränderungen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu verfolgen und ihre Auswirkungen festzulegen. Hier hat sich zwischen allen Beteiligten eine gute Zusammenarbeit, vom Geist der Sachlichkeit getragen, entwickelt die frei ist von politischen Spannungen. Die Zusammensetzung des Forschungsrates gibt einen Querschnitt durch die Wirtschaft aller Richtungen und damit ist er politisch repräsentativ für die Bundesrepublik.

Vier Grundeinsichten bestimmen die Arbeit des Forschungsbeirates:

Die Erkenntnis, dass die Wiedergewinnung Mitteleuropas für Gesamtdeutschland nur im friedlichen Rahmen erfolgen kann; sie darf niemals ein Produkt des Krieges sein.

Die Beschränkung auf die rein technisch-wirtschaftlichen Aspekte der Wiedervereinigung. Jede Behandlung von Verfassungs- und Verwaltungsfragen wird aus wohl erwogenen Gründen vermieden. Zuständig dafür kann nur der gesamtdeutsche Gesetzgeber sein.

Die Arbeiten des Beirates sind begrenzt für eine Übergangszeit von einem bis anderthalb Jahren; dies ist auch schon deshalb notwendig, weil bei der grossen Zahl der zu erörternden wirtschaftlichen Fragen und Probleme und ihre stärkste Verflechtung untereinander die Arbeitskräfte dieses Gremiums überfordert werden würden, wenn man ihnen darüber hinaus noch weitere Aufgaben zuweisen sollte.

Die Ausklammerung aller im Zusammenhang mit den volkseigenen Betrieben und mit der in der Zone durchgeführten Bodenreform stehenden Eigentumsfragen. Dies ist wohl das heisseste Eisen. Hier entzündeten sich die Geister. Die letzte Entscheidung darüber fällt im Bereich des Politischen. Der Forschungsbeirat, sich seiner Grenzen bewusst, war gut beraten, als er diese Fragen aus dem Kreis seiner formulierten Empfehlungen und Beschlüsse ausschied.

Die wirtschaftliche Wiedervereinigung wird, auch da sind sich

alle Mitglieder des Forschungsrates einig, ein Prozess sein, der nicht auf einen Zeitpunkt zusammengedrängt werden kann. Der Tag X darf nicht mit einer Katastrophe für 17 Millionen Deutsche beginnen. Dies wäre aber der Fall, wenn man, wie es dem Wirtschaftsminister Erhard vorschwebt, den notwendigen Prozess der Wirtschaftsangleichung dem Sturmwind der Marktwirtschaft überliesse. Die wirtschaftliche Überlegenheit Westdeutschlands würde die technisch unterlegene und schon gar nicht konkurrenzfähige Wirtschaft Mitteldeutschlands völlig in die Ecke treiben. Die Sicherung der Versorgung und die Kontinuität der Beschäftigung in einer bisher zentral gelenkten, den Grundsätzen der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegengesetzten Zwangswirtschaft bleibt jedoch eine der Hauptaufgaben. Deshalb bedarf es der Planung und Voraussicht, um unvermeidliche Störungen des Überganges auf ein Mindestmass zu reduzieren.

Der Forschungsbericht ist keine zur Entscheidung berufene Instanz. Seine Empfehlungen haben keinen verbindlichen Charakter. Nicht immer mag die Meinung von Fachleuten im politischen Sinne auch richtig sein. Je grösser ein Forum, um so differenzierter sind dann auch die zum Austrag kommenden Auffassungen. Der Bericht enthält in seinem ersten allgemeinen Teil Richtlinien, auf die sich Plenum und Ausschüsse geeinigt hatten, der zweite, grössere Teil erscheint ausschliesslich unter der Verantwortung der für die einzelnen Fachgebiete zeichnenden Ausschussvorsitzenden. Diese Trennung nimmt der Dokumentation freilich nichts von ihrem Wert. Da darin enthaltene aus sorgfältigen Beobachtungen und gründlichen Untersuchungen erarbeitete Tatsachennaterial gibt dieser Arbeit ihr bestimmendes Gepräge. Die Methodik der Beobachtung ist so fein entwickelt, dass sie auf sowjetzonale Statistiken verzichten kann, zumal ihnen kein grosser Wahrheitsgehalt zukommt.

Die eingehende Lektüre der Dokumentation ist für jeden Politiker unentbehrlich. Sie enthält zum Teil auch überraschende Schlussfolgerungen; So kommt der bekannte Statistiker und Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Professor Gleitze, der sich mit der Struktur der mitteldeutschen Wirtschaft und ihrer Wandlung seit der Vorkriegszeit befasst, zu dem Ergebnis, dass die Grundstruktur der mitteldeutschen Industrie nach den vielfältigen Verschiebungen der Kriegs-

und Nachkriegszeit annähernd wieder hergestellt ist. Aufschlussreich ist seine Feststellung, unter den gegebenen Umständen erscheine das Gelingen einer echten Integration Mitteldeutschlands im Rahmen des Ostblocks aussichtslos, so dass ein entscheidendes Anheben des mitteldeutschen Wirtschaftsniveaus nur über die Wiedervereinigung denkbar ist. Belegt wird diese Feststellung mit einer eingehenden Analyse der sowjetzonalen Wirtschaft.

Bei aller Anerkennung und bei allem Respekt für die gewissenhafte Arbeit, die auf diesen 300 Seiten ihren Niederschlag gefunden hat, muss doch gesagt werden, dass sie bedrucktes Papier bleibt, wenn die Gesamtpolitik der Bundesregierung auf ihrer vor Passivität getragenen Haltung in der Frage der Wiedervereinigung beharrt. Was nützt die beste Arbeit des Forschungsbeirates, wenn der Zeitpunkt, an der sie sich zu bewähren und vielleicht auch zu korrigieren hat, nicht einmal in Sichtweite liegt. Der im Auftrag des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen herausgegebene zweite Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates ist, wie schon erwähnt, eine gute Sache; aber sie hängt so lange in der Luft, so lange die Gesamtpolitik der Bundesregierung nicht erkennen lässt, dass sie alle ihre Energien auf die Wiedervereinigung konzentriert. Dass sie das tut, kann man - leider - nicht sehen.

* * *

Zwischen Furcht und Hoffnung

B.K. Es ist schon einige Monate her, daß in den Hardtwäldern nordwestlich von Karlsruhe ein überaus geschäftiges Treiben einsetzte. Baukolonnen aus dem ganzen Bundesgebiet rückten an, um mitten durch das Waldesdickicht eine breite Fahrbahn zu legen, auf der die Transporte mit dem Baumaterial für den ersten westdeutschen Atomreaktor rollen sollen. Ebenso lange knobeln die befähigsten Techniker der Bundesrepublik über den Bauplänen für das 40-Millionen-Projekt. In der Karlsruher Weberstraße, dem Sitz der "Kernreaktor Bau - und Betriebsgesellschaft" ist man guten Mutes. "Die Panne mit dem im Bundestag durchgefallenen Atomgesetz berührt uns zuletzt", versichert Dr. Rudolf Greifeld, einer der Geschäftsführer der Gesellschaft, "denn wir haben auf lange Sicht geplant!" Der Karlsruher Justizrat Dr. Oehlers ist über diesen Punkt anderer Ansicht. Er vertritt die Interessen der Hardtgemeinden Friedrichstal und Linkenheim in Rechtsstreit gegen die "Kernreaktor Bau - und Betriebsgesellschaft". Es war der Bürgermeister von Friedrichstal, Friedrich Borell, der in der aus Sicherheitsgründen erfolgten Verlegung des Atomciler-Standorts von Karlsruher Stadtrand mitten in die blühenden Tabakkulturen der Hardtgemeinden eine "schwerwiegende, unmittelbare Bedrohung der leiblichen und wirtschaftlichen Existenz der Hardtbewohner" erblickte.

Eine der 13 Hardtgemeinden, Leopoldshafen, ist inzwischen aus der Abwehrfront der "Atomreaktionäre", wie eine westdeutsche Illustrierte den Wortführer der Atomprotestler, Bürgermeister Borell, wenig schmeichelhaft genannt hat, ausgeschert und hat sich mit der Karlsruher Gesellschaft arrangiert. Die anderen haben den geschickten Pressemanövern aus der Weberstraße mutig widerstanden. Vor einigen Wochen holten sie überraschend zum Gegenschlag aus, indem sie beim Landgericht Karlsruhe eine Unterlassungsklage und beim Regierungspräsidium Nordbaden eine Verwaltungsbeschwerde gegen den Landrat von Karlsruhe erhoben, welcher der "Kernreaktor Bau - und Betriebsgesellschaft" ohne weitere Formalitäten die Baugenehmigung erteilt hatte.

Über die Verwaltungsbeschwerde wird, wie Vizepräsident Dr. Ganter die Presse wissen ließ, noch im Laufe dieses Monats entschieden werden, auf jeden Fall vor dem Gerichtstermin, der auf den 25. September angesetzt wurde. Gleichwohl hat die durch die sommerlichen Gerichtsferien bedingte Zwangspause im Streit um den Karlsruher Reaktor die erregten Gemüter der Hardtbauern nicht abgekühlt. Zwar wollen sie nicht mehr mit Dreschflegeln das erste westdeutsche Atomforschungszentrum stürmen, wie es eine Zeitlang aussah, aber auf den Bürgermeisterämtern der betroffenen Gemeinden häufen sich die Eingaben der Einwohner, die von der unkontrollierten Radioaktivität eine tödliche Verseuchung ihrer Tabakkulturen befürchten.

Argumente

Bürgermeister Hermann Nees von Linkenheim, daß dem Standort des Meilers am unmittelbarsten benachbart ist, beschwört die Gefahr der Grundwasserverseuchung durch entweichende Radioaktivität. "Wenn das Grundwasser auf unserer Gemarkung verseucht wird, ist es mit uns für immer aus. Niemand kann uns mehr helfen, das Wasser bleibt verseucht!" Das gemeindeeigene Wasserwerk ist nur 1,5 Kilometer vom Standort des projektierten Reaktors entfernt.

Einen Berater haben die Hardtgemeinden in dem Mainzer Atomphysiker Professor Dr. Karl Bechert. Er kann auf das Beispiel eines "durchgegangenen" kanadischen Reaktors verweisen, der zur Vermeidung eines größeren Unglücks geflutet werden mußte. Dabei versickerten die stark radioaktiven Wassermassen frei im Gelände...

In Karlsruhe beteuert Dr. Greifeld, ehemaliger Energiereferent im baden-württembergischen Wirtschaftsministerium, daß das Problem der Abwasserbeseitigung bei dem Forschungsreaktor "nach menschlichem Ermessen" gelöst sei. Ein "Durchgehen" sei praktisch ausgeschlossen. Mit solchen beruhigenden Erklärungen geben sich die Tabakbauern an der Hardt aber nicht zufrieden.

Bei den Gegnern des Karlsruher Atomprojektes verhehlt man sich nicht, daß bei der Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik es schwer fallen dürfte, einen geeigneten Standort für den Atommeiler zu finden.

Bürgermeister Borall betont, daß er durchaus nicht gegen den Fortschritt eingestellt sei. "Aber als Bürgermeister bin ich für die Sicherheit meiner Gemeinde verantwortlich. Und die scheint mir beim Bau und Betrieb des Forschungsreaktors nicht hundertprozentig gewährleistet!" Daß man die Bedenken der Bevölkerung durchaus ernst nimmt, versichert auch Dozent Kurt Haberer, der Pressechef der Gesellschaft. Doch man glaubt, alles getan zu haben, um der Bevölkerung ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten.

"Mit Atomrüstung nichts zu tun!"

Einen anderen Einwand, mit dem besonders der "Kampfbund gegen Atomschäden" des Münchner Schriftstellers Wolfgang Bartels seinen Feldzug gegen das Karlsruher Projekt bestreitet, zerstreut Dozent Haberer bereits im Ansatz: "Unser Reaktor ist ein reiner Forschungsreaktor und hat mit Krieg und Atomrüstung nichts zu tun!" Er kann dabei auf die Satzung der Gesellschaft verweisen, welche "die Sammlung, Gewinnung und Auswertung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse und Erfahrungen beim Bau und Betrieb einer Reaktorstation für die friedliche Entwicklung und Nutzung der Kernenergie im Interesse der Allgemeinheit" als den Gesellschaftszweck definiert.

Solche Überlegungen läßt man jedoch bei den Gesellschaftern der "Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft" nicht gelten. Einträchtig sitzen die Vertreter der westdeutschen Konzerne, die 50 v.H. des Gesellschaftskapitals aufbringen, in Vorstand und Aufsichtsrat beieinander. Da der Reaktor nicht vor Ablauf von drei Jahren betriebsfertig sein wird, daher auch keine Rendite abwirft, hat man sich geeinigt, daß die öffentliche Hand vorerst die anfallenden Betriebskosten übernimmt. Der Plan der Industrie, die bilanzmäßig festzustellenden Abschreibungen in die Zuschußpflicht des Bundes und des Landes Baden-Württemberg einzubeziehen, scheiterte am Widerstand der Regierungsvertreter.

Dafür wurden der Industrie großzügige Abschreibungsmöglichkeiten zugestanden. So setzte z.B. die Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, die an der Kernreaktorfinanzierungsgesellschaft, einer Industrie-gründung, mit einem stattlichen Aktienpaket beteiligt ist, bereits im ersten Jahr der Anschaffung ein volles Drittel ihres Geschäftsanteils von der Steuer ab. Das Geschäft mit den Atomen ist in vollem Gange. Für die 30 000 Menschen im Karlsruher Hardtwald, die unfreiwillig an diesem Geschäft beteiligt sind, ist es ein Experiment, dessen Risiko sie nicht übernehmen wollen. +++ Verantwortl.: G. Markscheffel